

Saale-Zeitung.

Anzeigen werden die Spaltenbreite oder deren Raum mit 30 Pfg. ...

Bezugspreis

Mr. Halle vierteljährlich 2,50 M., bei monatlicher Aufzahlung 2,75 M., ...

Für die Redaktion verantwortlich: Max Schorre in Halle.

[Zerapfacher: Redaktion Nr. 2532. - Expedition Nr. 176.]

Verantwortlicher Redakteur.

Nr. 596.

Halle a. d. Saale, Freitag, den 21. Dezember

1900.

Einheits- und Doppeltarif.

Auch die Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen hat gestern dem Reichsanwalt eine Denkschrift zur Frage des Einheits- und Doppeltarifs überreicht. Wir sind in der Lage, aus dieser Denkschrift folgendes mitzuteilen:

Die 36 Druckschriften füllenden Darlegungen gehen von der zolltariflichen Seite der Frage aus und behandeln zunächst in eingehender Weise Entstehungsgeschichte und Eigenart des gegenwärtigen, auf dem Doppeltarifs beruhenden Tarifsystems...

Zur Charakteristik des Doppeltarifs erörtert die Denkschrift zunächst den Ausbau des Systems in Frankreich, Norwegen, Spanien und Griechenland und weist darauf hin, daß man bei keinem dieser Länder von einem konsequenteren Ausbau sprechen kann, ganz besonders nicht gegenüber Frankreich, das man gewöhnlich als das klassische Land des Doppeltarifs zu bezeichnen pflegt.

Die ausnahmslose Einführung von Doppeltarifen bei allen Positionen des Tarifs ist also, wie die Erfahrung in anderen Ländern zeigt, keineswegs selbstverständlich, die Ausdehnung des Doppeltarifs stellt sich vielmehr als Frage des wirtschaftlichen Fortschritts dar.

Die Umwandlung des Doppeltarifs zeigt sich besonders deutlich bei einer Untersuchung der Frage, wie man zu einer positiven Normierung der ermäßigten Sätze kommen soll. Die Möglichkeit auf das Ausland und die Möglichkeit auf die heimische Produktion fortzuführen als bestimmte Momente, die positive Festsetzung muß erfolgen unter Zugrundelegung des autonomen Tarifsystems. Soweit es sich um Positionen handelt, die nur einen Spezialtarif, wie Weizen, Roggen, Haber, Korn bestimmter Qualität umfassen, lassen sich die Verhältnisse noch einigermaßen übersehen; man hat Anhaltspunkte zur Beurteilung der Wirkung, die eine Zollermäßigung von bestimmter Höhe auf die heimische Produktion ausübt. Sehr viele Positionen aber sind nicht Spezial-, sondern Sammelpositionen. Solche Sammelpositionen weist auch der Entwurf einer neuen Normierung des deutschen Zolltarifs, der das augenblicklich gültige Schema im Sinne größerer Spezialtarife ausbauen soll, noch in großer Menge auf. Die Vertragsstöße beim heutigen System individualisieren, sie lösen die Sammelpositionen auf und behandeln die neu geschaffenen Unterabteilungen als System, deren inneren Inhalt entsprechend. Wenn aber das autonome Schema zu Grunde gelegt wird, zieht sich der in dasselbe einzufließende Minusfaktor auf den gesamten Inhalt der einzelnen Positionen. Der Gegenüber muß also bei Sammelpositionen die gleiche Zollermäßigung ansetzen für Waren der verschiedenen Art. Die identische gleiche Behandlung tritt damit an die Stelle der sachlich gebotenen Individualisierung.

Trotz der Einführung von ermäßigten Sätzen auf der ganzen Linie, die aber das Bedürfnis hinausgeht und deshalb unvorstellbar ist, stellt sich der Doppeltarif für das Ausland gleichwohl als ein Angebot von geringerem Werte dar. Man fragt nicht nach den Wünschen des Auslandes, stellt ihm nur die Wahl, unverändert entweder anzunehmen oder abzulehnen, was angeboten wird. Je geringer aber der Wert der eigenen Angebotsklasse für das Ausland ist, um so geringer wird die Gegenleistung sein, auf die man hoffen darf. Wenn das Ausland auf die Erfüllung des deutschen Tarifs eine Einwirkung nicht mehr ausüben kann, so sieht zu erwarten, daß auch Deutschlands auf eine solche Einwirkung gegenüber den fremden Staaten verzichten muß. Mit der Einführung auf den Tarif erfüllt auch die Einführung auf die Tarifauslegung, die sich immer mehr als dringendes Bedürfnis in der Technik des gegenseitigen Güterauslaufs darstellt.

Die Denkschrift bezieht den Doppeltarif als ein System, das die wirtschaftliche Wachstumsprobleme an die Stelle der friedlichen Verständigung setzt, und bestrebt, wie die Erfahrungen in Frankreich beweisen, zum Zollkrieg zu führen. In der Weltpolitik des Deutschen Reiches, die der nationalen Arbeit die fremden Märkte öffnen will, würde der Maximal- und Minimaltarif als ein System veralteter Zollpolitik, vertragsfeindlicher Tendenz und schematischer Gebundenheit in unvereinbarem Gegensatz stehen. -h-

Deutsches Reich.

Post- und Personalausrichten.

\* Der Reichsanwalt ist gestern vormittag von Stuttgart nach Karlsruhe weitergefahren.

\* Westmer Weidungen zufolge soll Korvetten-Kapitän Hans am Sonnabend bei seinen Verwandten in Weiel eintreffen und dort bis zu seiner völligen Wiederherstellung verweilen.

Die sozialpolitische Fragestellung.

Graf Vosabowski hat nach der sozialpolitischen Vertiefung der 12,000 Wählerstimme in seiner Rede über die Einwirkung des Wahlrechts auf die sozialpolitische Verhältnisse des Reichsamt des Innern während seiner Amtszeit hinzuweisen. In eine Kontroverse über diese sozialpolitischen Verhältnisse trat er ein, erwidert sich um so mehr, als die Sozialpolitik des Innern selbst ganz zutreffend hervorzuheben, gerade die wichtigsten dieser sozialen Vorgänge sich erst nach in die Praxis hineinleben müssen. Ein attualer Interesse können jedoch die Wählerstimmen beanpruchen, die Graf Vosabowski über den Stand der Vorarbeiten einer Reihe schon seit einiger Zeit angefangener sozialpolitischer Vorarbeiten machte. In erster Linie kommt hierbei das Krankenversicherungsgesetz in Frage, das, wie allerdings offiziell schon angekündigt war, in dieser Session nicht mehr zu erwarten ist. Der Grund hierfür ist nach den Darlegungen des Grafen Vosabowski in dem Ausbleiben des von den Einzelstaaten erbotenen Materials über die heftigsten Erörterungen, die die Einzelstaaten bei der Ausübung des Krankenversicherungsgesetzes gemacht haben, zu suchen. Zu denjenigen Staaten, die mit der Ausarbeitung dieses Materials noch zurückständig sind, gehört auch der größte Bundesstaat, Preußen. Bekanntlich war in der Presse mehrfach davon gesprochen worden, daß das neue Krankenversicherungsgesetz den freien Willkürfällen an den Kranksen gehen werde. Der Abg. Webel hatte dieses Gerücht auch in seiner Rede Erwähnung getan; Graf Vosabowski ist jedoch in seiner Erwiderung darauf nicht näher eingegangen. Ober sollte die etwas dunkle Bemerkung: „Ich muß mich ... auf das allerersten Lebensstadium dagegen verhalten, daß wenn irgend ein Beamter seine persönliche Ansicht über die künftige Gestaltung dieses Gesetzes in einer Zeitschrift ausdrückt, man diese Ansichten dem Herrn Reichsanwalt oder dem Reichsamt des Innern oder den verbündeten Ministerien zur Last legt; das sind Privatansichten und werden als solche auf die Gestaltung des Gesetzes keinerlei Einfluß haben“.

Was den weiteren Anknüpfungen des Staatssekretärs des Innern ist als Grundlage für eine entsprechende Gesetzesvorlage zum Schutze der gewerblichen Arbeit verarbeiteter Frauen eine besondere Denkschrift auf Grund der Berichte der Gewerkschaften in Ausarbeitung begriffen. Eben so unbestimmt wie über die freien Willkürfälle hat sich Graf Vosabowski ebenfalls über die in der Presse mehrfach besprochene Arbeit der Regierung, die die Wählerbeziehung abzuändern, ausgeprochen. Aus seinen Worten: „Die Wählerbeziehung ... ist noch nicht abgeändert; sie besteht noch und ich habe gar keine Veranlassung, auf eine Debatte über dieselbe einzugehen, so lange nicht anderweitige politische Beschlüsse gefaßt worden sind, könnten über die Gründe, nach die Gesetze der Wählerbeziehung der Regierung vorschlagen, in einem Falle ist es überlegen dem Grafen Vosabowski, dessen Erwiderung auf die Rede Webel's die Sozialdemokraten wiederholt zu ähnlichem Widerspruch und Unterbrechungen reizte, doch gelungen, den ernsthaften Befall der ganzen Volksvertretung zu erzielen, als er nämlich die das Haus übernehmende Mitteilung machte, daß das Reichsamt des Innern noch eine Ergänzungsdenkschrift zu Buchstaben vorlage ausgearbeitet hat und hinzuzufügen: „Wir haben dieselbe aber dem Reichstag gar nicht mehr vorgelegt, weil wir der Ansicht waren, daß bei der Stimmung des Hauses das noch ein vergeblicher Schritt gewesen wäre.“ Das war auch sehr vernünftig.

Politik.

\* In seinem Artikel über den Centralverband deutscher Industrieller, den wir im gestrigen Morgenblatt bereits besprochen haben, sagt Herr v. Wedel, um die allgemeine Unterstützung über die Wärfre v. Wedel's teigendote zu erklären, folgendes:

Diese Parlamentarier aber, soweit sie im allgemeinen den liberalen Parteien angehören, haben in sich nur auf den Willen der Massen. Sie wissen zwar ziemlich genau, daß sie mit ihrem sogenannten arbeiterfreundlichen Gedrögen keinen Hund hinter dem Oden vorladen, doch heißt seine Arbeit nicht weniger ein Werk für die Partei beiderseitigen Vorteile und hoher, proletarischer Art. Das ist die Richtung, in der heute innere Politik gemacht wird. Herr Wedel ist national-liberal. Diese seine Bemerkungen sind aber selbst der „Nat.-Lib. Korz.“ zu harter Zabel, und sie scharf ihm deshalb folgendes ins Stammbuch:

Dieser Ausfall, der sich auch gegen die nationalliberale Fraktion des Reichstages richtet, die in der Büchsenfabrikationsfrage diese Partei angenommen wie vor Beginn der Lösung der Centralverband der national-liberalen Partei, ist nicht weniger ein als Herr v. Wedel selbst. Auch Herr Wedel liberaler Parlamentarier gewesen, und zwar Mitglied der national-liberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses, und hat bei Wahlen gemacht, die ihm alle Würde geben sollten, die Überzeugungsstärke anderer Leute zu ehren. Als in der Reichsversammlung die ganze Fraktion geschlossen die Vorlage stimmte, und selbst Männer wie der Abgeordnete Wärfre, der Reichsanwalt, Herr Wedel allein im Gegensatz zu der gesamten

Fraktion gestimmt. Keinem Mitglied der Partei ist es begehren, ähnlich wie jetzt Herr Wedel, die Frage anzunehmen, ob er aus eigener Überzeugung zu gestimmt oder ängstlich nur auf den Willen irgend jemandes „gehört“ habe. Und an dieser Stelle sind rationale Fassungen, die Herr Wedel begehren zu unterscheiden suchen, ungewöhnlich abgewiesen worden. Wenn jetzt Herr Wedel auftritt und mit den oben citierten Ausführungen auch auf die national-liberalen Fraktion des Reichstages hinweist, wie er nur sagen, diese kann solche Verfügungen vertagen; ob aber auch große wirtschaftliche Verbände eine Vertagung, die bezweckt Ausmaß und Klugheit bei öffentlichen Aktionen zu verlieren beahmt, haben wir nicht zu beantworten.“ Jeder Kommentar hierzu erscheint überflüssig.

\* Das Organ des Bundes der Landwirthe sucht jedesmal, sobald es eintritt, daß es mit seinen Dröbungen, zu grundsätzlichen Opposition überzugehen, wenn die Wünsche der extremen Agrarier seitens der Regierung nicht berücksichtigt werden, über die Schure gehoben hat, die Rolle der geträuteten Lufthand zu spielen. Auch jetzt behauptet die „Deut. Tagesztg.“ wieder, daß sie eine bewusste Unvorsichtigkeit; sie habe nur gesagt:

„daß die Landwirthe, wenn sie in ihren Erwartungen wiederum enttäuscht werden sollten, ihre nachherigen Führer zur grundsätzlichen Opposition treiben und zwingen würden. Damit sei von selbst und für jeden, der verstehen will, vollkommen verständlich gesagt, daß die iseligen Führer anderen Platz machen würden.“

Als ob Herr von Wangenheim, Herr Dr. Hahn und nicht zuletzt Herr Dr. Dertel und die „Deut. Tagesztg.“ sich so ruhig von ihren Wärfre verdrängen lassen würden! Wer den maßlosen Ehrgeiz und die Verächtlichkeit dieser Leute kennt, wird die Politik, die aus dieser gewundenen Rückwärtsbildung resultiert, in ihrem vollen Umfang zu würdigen wissen.

\* Die Kombinationspolitiker und Feldenscheiter sind wieder fleißig an der Arbeit. Der „Nat.-Lib.“ wird aus Berlin geschrieben, daß man dort in gewissen politischen Kreisen mit der Möglichkeit eines politischen Umwälzungs rechnen. Manche wollten wissen, der gesamten Handelsvertragspolitik des Grafen Vosabowski fehle noch das kaiserliche Placet, und es erwiderte nicht ausgeprochen, daß die Entscheidung in gegnerischer Sinne falle. — Das ist das Gegenstück zum agrarischen Reichstag, der gestern vom „N. L.“ nach dem Grafen Skindostrom anlässlich gefordert wurde, mit einem Ansehen größerer Wichtigkeit allerdings, als im die vorstehende Richtung ist.

\* Verlebene Wärfre, wie die „Deut. Tagesztg.“ und die „Zgl. Rundschau“, hatten an der Rede des Staatssekretärs Herrn v. Nischhofen über englische Wirtschaftstellungen bei einer rheinischen Fabrik bemängelt, daß sie den Sachverhalt unvollständig angeben, insbesondere die statistisch vorliegende Ableitung der besetzten Geschäfte verweigern habe. Die „Deut. Tagesztg.“ hat inzwischen den Irrthum erkannt und erklärt, sie habe dem Staatssekretär Unrecht getan, besitze habe den Sachverhalt ganz vollständig dargelegt. In ähnlicher Weise stimmt die „Zgl. Rundschau“ den erbotenen Vorwurf zurück und bemerkt dazu: „Es ist sehr bedauerlich, daß es für die Behörden kein Mittel zu geben scheint, sowohl in der Staatsintelligenz schädlichen Geschichten rechtzeitig auf die Spur zu kommen. Dazu bemerkt die „Nord. Allg. Stg.“: „In der Tat müßten wir nicht, wie sich das Ausdrückliche nicht ungenügend und rechtzeitig Kenntnis von ausländischen Aufträgen für einheimische Firmen verschaffen sollte, da eine Verwirklichung zur Vermeidung solcher Bestimmungen weder für die ausländische Regierung, noch für die inländische Firma besteht.“

\* Wie die „Verf. Post, Andr.“ hören, hat der Kaiser die Beziehungen für die Substitutions-Wünschen, welche anlässlich der Frier des zweiundvierzigjährigen Vaters des deutschen Reichspräsidenten ausgesprochen werden sollen, genehmigt. Es ist schon mit der Forderung dieser Wünschen, die Wärfre nur in der Form von Substitutions-Finanz- und Substitutions-Berechtigungen werden sollen, vorgegangen. Vor dem 18. Januar 1901 dürfen übrigens die Wünschen nicht zur Ausgabe gelangen.

Wirtschaftsstatistik.

\* Herr v. Welquet wußte eine reiche Ernte. Nach der Meldung der „Stg. des Vereins deutscher Eisenbahn-Betriebsverwaltungen“ wird der preussische Finanzminister zielige Eisenbahnüberschüsse einfließen. In den ersten acht Monaten des Monats, als bis Ende November, haben die Eisenbahnen der Staatseisenbahnen sich gegen das Vorjahr um 60 Millionen erhöht.

Die folgenden 4 Monate des Geschäftsjahres werden aller Voraussicht nach weitere erhebliche Gewinne bringen. Insbesondere muß der Dezember in diesem Jahre eine ungewöhnlich hohe Frier aufweisen, da bestmännlich in vollen Maße infolge der elementaren Betriebsstörungen an der Wärfre seitwärtig bis gegen 5000 Wagen täglich gefaßt haben und infolgedessen an einzelnen Tagen des vorjährigen Dezember nur 11-12,000 Wagen abgehoben werden konnten, während jetzt täglich gegen 17,000 Wagen gefaßt werden. Aber Vorsicht! nicht nach wärfre die Eisenbahnen für das ganze Jahr eine ungewöhnlich hohe wärfre.“

In dem vorigen Jahre haben die preussischen Staatseisenbahnen einen Mehrüberschuss gegen den Etat von 20 Mill. M. zu erzielen; für das laufende Etatsjahr wird noch mit einem höheren Mehrüberschuss gerechnet werden dürfen. Auch die weiteren Ausführungen über das laufende Etatsjahr hinaus setzen sich für die Eisenbahnen in einem recht günstigen Sinne.

\* In der „Nat.-Stg.“, die jetzt als Substitutionsorgan der Regierung angesehen zu werden scheint, wird die Weingeiststeuer alle in dem Reichstag angebotene Forderung vorbringt: Der § 1 des Weingeistgesetzes vom 20. April 1898 enthält den Antrag, daß der Bundesrat außer den in dem geltenden Gesetz angeführten Stoffen noch andere Stoffe begeben kann, auf welche das Verbot der Zulassung zu Wein Anwendung zu finden hat. Außerdem enthält der § 1 eine Vergrößerung der Bestimmung von Wein. Danach ist Wein „das durch





